

Das Rätoromanische verrät sie

Kontroverse Bundeskanzlerin Casanova zeigt politischen Gestaltungswillen und verbrennt sich prompt die Finger

VON LORENZ HONEGGER

Je weniger man von der Bundeskanzlei spricht, desto besser. So lautet das Credo von Bundeskanzlerin Corina Casanova. Eigentlich kein besonders schweres Unterfangen: An kaum einem anderen Ort in der Berner Bürokratie geht es trockener zu und her. Die 250 Angestellten der unverheirateten Bündner Juristin koordinieren die Geschäfte des Bundesrates, organisieren Wahlen und Volksabstimmungen.

Seit zwei Tagen kann von Ruhe keine Rede mehr sein. Die Amtsstelle steht im Zentrum des ersten politischen Sommerskandals. Grund ist ein Bericht der «SonntagsZeitung», wonach eine geheime Denkgruppe mit Juristen, Beamten, Wissenschaftlern und PR-Beratern im Auftrag der Bundeskanzlei Vorschläge für einen «Abbau der Volksrechte» ausgearbeitet hat. Mehrere Teilnehmer hätten für eine Erhöhung der minimal erforderlichen Unterschriftenzahl für Volksinitiativen und die Verkürzung von Sammelfristen plädiert. Alles unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ein heikler Vorgang im Land mit den meisten Volksabstimmungen weltweit. Sogar Casanovas Parteikollege und CVP-Ständerat Urs Schwaller empörte sich.

Wenig Gestaltungswillen

Der Name des Gremiums, Democrazia Vivainta, weist darauf hin, dass die 58-jährige Casanova persönlich die Fäden gezogen hat. Denn das ist rätoromanisch und bedeutet «lebendige Demokratie». Die Bundeskanzlerin ist bekannt als eine der engagiertesten Rätoromaninnen des Landes. Sie spricht zwei Dialekte, Vallader und Sursilvan, und sie ist Trägerin des Preises für Zwei- und Mehrsprachigkeit. Wenn man sie nach ihrem Zuhause fragt, nennt sie nach mehr als zwanzig Jahren im Dienst der Bundesverwaltung neben Bern immer noch das 400-Seelen-Dorf Tarasp, wo sie aufgewachsen



Seltenheitswert: Bundeskanzlerin Corina Casanova zeigt Reformeifer.

KEYSTONE/LUKAS LEHMANN

ist. Kenner der Bundeskanzlerin überrascht es, dass sie in einem heiklen Dossier wie den Volksrechten umstrittene Reformideen vorantreiben will. Casanova verteidigt ihre Anliegen engagiert, politischen Gestaltungswillen habe er bei ihr bis jetzt aber nie wahrgenommen, sagt der Bündner SVP-Nationalrat und Jurist Heinz Brand.

Es dürfte eine Ausnahme bleiben. Letzten Sommer erklärte Casanova in einem Radiointerview selbst, sie sehe ihre Rolle als Dienstleisterin im Hinter-

«Endlich hat die Verwaltung den Mut, die Renovation des Bundesgesetzes über die politischen Rechte anzugehen.»

Oswald Sigg Ex-Vizekanzler

grund. Aus ihrer Zeit als IKRK-Delegierte in Afrika und Südamerika Ende Achtzigerjahre sei sie es gewohnt, sich neutral zu verhalten.

Nicht alle finden es schlecht, dass sie ausnahmsweise vom Dienstleistungsgedanken abgekommen ist. «Endlich hat die Verwaltung den Mut, die Renovation des Bundesgesetzes über die politischen Rechte anzugehen. Die Bundeskanzlei hat viel Erfahrung in diesem Bereich», sagt der ehemalige Bundesratsprecher und Vize-Kanzler Oswald Sigg. Ein Fehler sei es wohl gewesen, die Einsetzung der Denkgruppe nicht von Beginn weg offen zu kommunizieren.

Casanova wollte sich gestern nicht zu Kritik an der Denkgruppe äussern, veröffentlichte aber auf öffentlichen Druck die Mitgliederliste. Ihre Glaubwürdigkeit im Parlament und in der Öffentlichkeit dürfte von der aktuellen Kontroverse kaum profitieren. Zuletzt machte sie von sich reden, als bekannt wurde, dass sie 2010 für einen halbstündigen Vortrag in der ersten Klasse nach San Francisco geflogen war.

Democrazia Vivainta

«Geheimgruppe» ist auch eine PR-Truppe

Gegenüber der «SonntagsZeitung» wollte die Bundeskanzlei noch nicht bekannt geben, wer die Mitglieder der von ihr eingesetzten Denkgruppe namens Democrazia Vivainta sind. Gestern hat sie es sich nun anders überlegt und die Namen von 13 Personen, die mindestens an einer Sitzung teilgenommen hatten, auf ihrer Homepage veröffentlicht. Bekanntester Exponent ist der emeritierte Professor und Europa-Experte Dieter Freiburghaus.

Andere Namen sind allerdings brisanter: So sitzt beispielsweise Guido Schommer, ehemaliger Generalsekretär der FDP, im Gremium. Er wechselte 2008 in die PR-Branche und ist mittlerweile Mitinhaber der Reflecta AG. Auch Heike Scholten kommt aus der Kommunikationsbranche. Die ehemals führende Economiesuisse-Mitarbeiterin hat sich zusammen mit Katja Gentinetta selbstständig gemacht.

Angesichts der Democrazia-Vivainta-Mitglieder, die weder aus der Verwaltung noch der Wissenschaft kommen, stellt sich die Frage nach dem Ziel der Gruppe: Sollen die PR-Fachleute der behördennahen Gruppierung den Blick über den Tellerrand ermöglichen? Oder geht es letztlich darum, Experten am Bord zu haben, die der Politik und der Bevölkerung einen allfälligen Abbau von Volksrechten möglichst gut verkaufen?

Interessant ist auch die Reaktion der FDP: Obwohl mehrere Sitzungsteilnehmer direkt oder indirekt für die Partei gearbeitet haben, äussert sie in einem Communiqué harsche Kritik: Die Arbeiten der Gruppe sollen sofort eingestellt und die bisherigen Kosten veröffentlicht werden. (FUM)

Die Volksinitiative als heilige Kuh der Schweiz

Volksrechte Seit Jahren wird über zahlreiche Vorschläge zur Eindämmung der «Initiativenflut» diskutiert - Chancen hat kaum einer.

VON ANTONIO FUMAGALLI

Es war im fernen Jahr 1935, als die «Neue Zürcher Zeitung» schrieb, dass «in der Initiativenflut der letzten Jahre allerhand Papier von allerhand Leuten unterschrieben worden ist». Seither sind fast 80 Jahre vergangen, an Aktualität hat das Thema aber nicht eingebüsst - im Gegenteil. Übers Wochenende ist bekannt geworden, dass die Bundeskanzlei eine Denkgruppe namens Democrazia Vivainta ins Leben gerufen hat. Sie soll dem Bund Grundlagen für staatspolitische Reformen liefern.

Angesichts der «Instrumentalisierung» von Volksinitiativen und der «problematischen» Durchsetzungsinstrumenten besteht für Democrazia Vivainta Handlungsbedarf. In welche Richtung mögliche Vorschläge gehen könnten, zeigt ein Blick zurück. Über diese Ideen wurde in den vergangenen Jahren besonders heftig diskutiert:

Mehr Unterschriften

Die Parteien, aber auch Interessengruppierungen und Einzelkämpfer, haben die Volksinitiative längst als wirksames Instrument entdeckt, um ein Thema über längere Zeit - idealerweise vor Wahlen - zu beackern. Um die «Initiativenflut» einzudämmen, fordern deshalb

zahlreiche Politiker - zuletzt FDP-Nationalrat Andrea Caroni -, die Anzahl der nötigen Unterschriften von 100 000 auf 200 000 zu erhöhen. Schliesslich braucht es im Vergleich zur Einführung der Volksinitiative prozentual viel weniger Unterschriften als früher.

Ob eine solche Reform überhaupt wirksam wäre, ist allerdings alles andere als sicher. In den Kantonen sind die Hürden für eine Volksinitiative höchst unterschiedlich. Wie die Statistik zeigt, gibt es dabei keinen Zusammenhang zwischen dem Unterschriftenquorum und der Anzahl der lancierten Volksbegehren.

Juristische Vorprüfung

In letzter Zeit gab ein Punkt besonders zu reden: Die Vereinbarkeit von Volksinitiativen mit völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes. Der Bundesrat schlug deshalb im Frühling 2013 eine juristische Vorprüfung durch das Bundesamt für Justiz und die Direktion für Völkerrecht vor. Deren Ergebnis wäre für die Initianten nicht bindend gewesen, auf den Unterschriftenbögen hätte aber ein entsprechender Hinweis aufgedruckt werden müssen. Zudem wollte der Bundesrat die Ungültigkeitsgründe auf den Kerngehalt der Grundrechte ausweiten.

Das Vorgehen kam in der Vernehmlassung gar nicht gut an: Die Parteien glaubten nicht, dass mit diesen Massnahmen der Konflikt zwischen Initiativen und Völkerrecht tatsächlich entschärft werden könnte, die SVP drohte gar mit der Lancierung einer Initiative gegenteiligen Inhalts. Angesichts des

Widerstands verzichtete der Bundesrat im vergangenen Dezember darauf, die Stossrichtung weiterzuverfolgen.

Verkürzung der Sammelfrist

Initianten haben derzeit 18 Monate Zeit, um die Unterschriften für ihr Begehren zusammenzukriegen. Zu viel Zeit, findet unter anderem der Obwaldner CSP-Nationalrat Karl Vogler. Er hat Ende 2013 ein Postulat eingereicht, in dem er den Bundesrat um «limitierende Mechanismen» ersucht - unter anderem eine Verkürzung der Sammelfrist -, damit Volksbegehren nicht mehr aus parteitaktischem Kalkül lanciert werden. Vogler könnte sich sogar vorstellen, dass die Bürger eine Initiative nur noch im Gemeindebüro und nicht mehr auf der Strasse unterschreiben dürfen. Noch haben die Räte nicht über das Postulat diskutiert, die Forderungen dürften aber chancenlos sein.

Einheit der Materie

Erst vor drei Wochen wies der Ständerat die Erbschaftssteuerinitiative an die Kommission zurück. Diese soll nochmals ausgiebig darüber diskutieren, ob die Initiative die sogenannte «Einheit der Materie» verletzt. Der Bundesrat sah zuvor keinen Anlass dazu. Verschiedene Parlamentarier verlangten einen klar verbindlichen Kriterienkatalog zur Beurteilung von Volksinitiativen. Die gleiche Frage stellte sich eine Woche später auch der Nationalrat im Rahmen der Debatte um die Ecopop-Initiative - eine Rückweisung an die Kommission ging einer Mehrheit aber zu weit.

Atomaufsicht

Greenpeace-Kritik zurückgewiesen

Die Atomaufsichtsbehörde Ensi hat die Mitte Februar in einer Studie im Auftrag der Schweizerischen Energiestiftung (SES) und von Greenpeace Schweiz geäußerte Kritik an der Sicherheit der Schweizer Kernkraftwerke zurückgewiesen. Es habe die Studie überprüft und komme zum Schluss, dass die darin enthaltenen Aussagen und Schlussfolgerungen technisch nicht haltbar seien, teilte das Ensi gestern mit.

Gemäss SES und Greenpeace stellen die Atomkraftwerke Mühleberg und Beznau ein Sicherheitsrisiko dar und sollten sofort stillgelegt werden. (SDA)

Chiasso

Behörden fangen Migranten ab

Grenzwächter haben am Samstag in Chiasso eine Gruppe von über hundert Migranten abgefangen, die illegal in die Schweiz einreisten, um gegen die Migrationspolitik in Europa zu protestieren. Von den Plänen hatten die Behörden in den sozialen Medien erfahren.

Die Migranten reisten zusammen mit Sympathisanten von Mailand her per Zug in die Schweiz ein, wie das Grenzwachtkorps (GWK) gestern mitteilte. Es handelte sich um Asylsuchende, deren Asylantrag in Italien abgelehnt worden war. Wegen der Aktion verstärkte das Grenzwachtkorps die Südgrenze im Tessin und im Wallis temporär mit 80 Grenzwächtern. (SDA)